



Tätigkeitsbericht 2018

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Deutsche Sektion e.V.,
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main, www.menschenrechte.de

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der IGFM,

die IGFM verfügt über 30 nationale Sektionen. Dies ist der Bericht der deutschen Sektion. Da wir punktuell mit anderen Sektionen kooperieren, werden diese an einigen Stellen mit erwähnt.

Die Arbeit der IGFM lässt sich in zwei Bereiche untergliedern:

- **Allgemeine Menschenrechtsarbeit** (Petitionen, Flugblätter, Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Demonstrationen, also die Herstellung von Öffentlichkeit)
- **Humanitäre Hilfe** (Hilfstransporte, Entwicklungsprojekte, Bildungsprojekte, Unterstützung Bedürftiger)

Irak

Die humanitäre Situation in der Autonomen Provinz Kurdistan im Nordirak ist weiterhin prekär. Schwerpunktgebiet der humanitären Hilfe war deshalb auch 2018 der Nordirak. Aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien und der Gräueltaten der Terrororganisation Islamischer Staat leben in Kurdistan nach Angaben des UNHCR über zwei Millionen Flüchtlinge. Wer nicht will, dass noch mehr Flüchtlinge den unsicheren Weg nach Europa wählen, der muss vor Ort helfen.



IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm mit Gästen der IGFM-Jahrestagung in Frankfurt

Seit dem Überfall des IS auf Shingal im August 2014 ist die IGFM 30 Mal mit humanitären Hilfstransporten und Hilfsaktionen im Nordirak gewesen! Dabei konzentrieren wir uns auf drei Flüchtlingslager: Ezyan, Shekhan und Mamrashan.

Als Beispiel für ein besonders sinnvolles und nachhaltiges Hilfsprojekt steht das Alphabetisierungs-Programm

„Traumatisierte IS-Opfer lernen lesen und schreiben“

Viele jetzt befreite Entführungsoffer haben keine Schulbildung. In den Händen des IS wurden sie entmündigt und versklavt. Sie können nicht lesen und nicht schreiben. Ohne Hilfe können sie nicht einmal einen Antrag auf Unterstützung

stellen.

Für junge Frauen hat die IGFM deshalb im etwa 15 km von Dohuk entfernten Lager Mamrasha einen Alphabetisierungskurs eingerichtet. Jeweils 40 – 50 Frauen können daran teilnehmen. Der Lager-

leiter hat der IGFM dafür eine Lagerhalle zur Verfügung gestellt, in der wir ein Klassenzimmer eingerichtet haben. Wir haben als Partner die regional tätige Barzani-Stiftung gewonnen. Die IGFM ist zuständig für die Organisation, die Werbung und die Beschaffung des Lehrmaterials.

Unsere Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller und unser Nahost-Referent Khalil Al-Rasho haben vor Ort die Vorbereitungen getroffen und eine Startfinanzierung überbracht.



Nähkurs im Flüchtlingslager in Kurdistan / Nordirak

Die gleiche Lagerhalle dient aber noch weiteren IGFM-Projekten:

- Mit 10 neuen Nähmaschinen, Stoffballen und Zubehör haben wir eine zusätzliche Nähstube eingerichtet.
- In einem Container wurde ein kleines Sportstudio mit einer Tischtennisplatte aufgebaut.
- Es wurde ein Friseurladen eingerichtet, wo Frauen ausgebildet werden.
- Außerdem haben wir einen PC-Raum eingerichtet, wo jetzt entsprechende Kurse angeboten werden. Die PCs wurden uns von einer Luxemburger Bank gespendet.



Absolventen des Computerkurses im Flüchtlingslager

Insgesamt vier Tage benötigte nach Kurdistan zu überführen, Khalil Al-Rasho, um einen weiteren Rettungswagen (den dritten), wo er dem Gesundheitsamt Dohuk für den Einsatz in den Flüchtlingslagern zur Verfügung gestellt wird. den die Arbeitsgruppe Wittlich gespendet hat, von Frankfurt

Grußwort von Hermann Gröhe MdB Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 47. Jahresversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte,

ich grüße Sie herzlich aus Berlin und freue mich, dass Sie mich um ein Grußwort für Ihre Tagung gebeten haben.

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte kenne ich seit langem. Besonders engen Kontakt hatten wir während meiner Tätigkeit als menschenrechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zwischen 1998 und 2005. Ich habe die IGFM in dieser Zeit als kompetenten und zuverlässigen Gesprächspartner schätzen gelernt.

Menschenrechtsverletzungen in China, im Iran und in vielen weiteren Ländern sind leider noch immer an der Tagesordnung. Nicht zufällig haben

Sie zu Ihrer Konferenz Zeugen aus den beiden erstgenannten Ländern, aber auch aus dem Irak, Pakistan und Moldawien eingeladen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie sich weiterhin um diese Begegnungen bemühen und dass diese einen wichtigen Teil Ihrer Jahresversammlung einnehmen.

Als Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften bin ich Ihnen besonders dankbar, dass Sie sich mit Nachdruck für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit einsetzen. Sie haben zu Ihrer Tagung auch Gäste aus Pakistan eingeladen – der Fall Asia Bibi ist uns allen ein Begriff und steht stellvertretend für viele andere Christen, die nach wie vor in den pakistanischen Gefängnissen auf ihren Prozess warten. Im Zusammenhang mit Asia Bibi denke ich persönlich immer an meine Begegnungen mit Shahbaz Bhatti, der als erster

Christ in Pakistan Minister für Minderheiten wurde. 2011 wurde er wegen seines Einsatzes für mehr religiöse Toleranz von einer islamistischen Splittergruppe ermordet. Bitte lassen Sie in Ihrem wichtigen Einsatz für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nicht nach.

Am 8. April 2019 feiert die IGFM ihren 47. Geburtstag. Damit schauen Sie auf fast ein halbes Jahrhundert Einsatz für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte zurück. Das ist eine starke Leistung, vor der ich großen Respekt habe. Ich bin mir sicher, dass Sie für die Politik ein verlässlicher und kompetenter Ansprechpartner bleiben und wir weiterhin gemeinsam für die Menschenrechte in aller Welt eintreten werden. Vielen Dank für Ihre Arbeit!

Für Ihre 47. Jahresversammlung wünsche ich Ihnen gute und ertragreiche Beratungen!



Krmanj Othman, Menschenrechtsbeauftragter der kurdischen Regionalregierung, im Gespräch mit Karl Hafen, Vorstandsmitglied des Dachverbandes der IGFM International Society for Human Rights ISHR

Die IGFM ist als Hilfsorganisation in Kurdistan offiziell registriert, was unser Arbeiten dort sehr erleichtert. Wir haben seit einem Jahr auch eine eigene IGFM-Gruppe in Kurdistan. Vorsitzender ist Krmanj Othman, der Menschenrechtsbeauftragte der kurdischen Regierung.

Das BMZ hat uns dankenswerterweise ein Projekt bewilligt zur Förderung gleicher Bildungschancen für Jungen und Mädchen.

Die politischen Entwicklungen

in der Nahostregion Türkei, Syrien, Irak stimmen insgesamt nicht sehr zuversichtlich. Der angekündigte Abzug der US-Truppen aus Syrien wirkt zusätzlich destabilisierend. Er bringt insbesondere die Minderheiten in Gefahr. Durch den Rückzug der Amerikaner wird der Vertreibungsdruck für christliche Aramäer und Jesiden eher zunehmen. Präsident Trumps plötzliche Ankündigung verrät zudem seine bisherigen Bündnispartner in Nordsyrien, nämlich die Kurden. Als europäische Nachbarn sind wir von diesen Entwicklungen zwangsläufig mit



IGFM-Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller interviewt IS-Opfer

betroffen. Humanitäre Hilfe wird weiterhin notwendig sein.

Ich danke herzlich Katrin Bornmüller, die mehrfach in den Flüchtlingslagern im Nordirak gewesen ist, und Khalil Al-Rasho, der jeden Hilfseinsatz, Transport oder ärztlicheinsatz vorbereitet und begleitet, sowie den Ärzten Dr. Klopff und Dr. Holst.

Omid Nouripour MdB

Obmann von Bündnis 90 / Die Grünen im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass Sie heute versammelt sind, um den Menschenrechten weltweit mehr Gehör zu verschaffen. Menschenrechte werden durch Konflikte, autoritäre Herrscher, extremistische Gruppierungen und blindes Profitstreben überall auf der Welt verletzt. Diejenigen, die sich für die Opfer einsetzen, werden oft selbst Zielscheibe der Unterdrücker, wie gerade der Fall von Nasrin Sotoudeh im Iran zeigt.

Deswegen brauchen wir zivilgesellschaftliche Gruppen wie die IGFM, die Aufmerksamkeit und Druck in Sachen Menschenrechte aufrechterhalten. Es darf nicht sein, dass autoritären Herrschern wie dem ägyptischen Präsidenten al-Sisi mit 60.000 politischen Gefangenen kritiklos der rote Teppich in europäischen Hauptstädten ausgerollt wird, und dass Saudi-Arabien trotz des Kriegs und der Seeblockade im Jemen europäische Waffen geliefert bekommt.

Im Sinne dieser wichtigen Aufgabe wünsche ich Ihnen erfolgreiche Beratungen!

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01 • BIC: BFSW DE 33MNZ

Iran

Auch im Berichtszeitraum gab es leider genügend Gründe, die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran zu kritisieren.

Auf einer Pressekonferenz im August 2018 in Berlin mit der iranischen Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi haben wir dies erneut getan.

Nichtmuslime werden im Iran systematisch diskriminiert. Christen, die früher Muslime waren, sind praktisch rechtlos und werden besonders gnadenlos verfolgt. Beispielhaft nennen wir Pastor Youcef Nadarkhani. Im Juni 2017 ist er wegen seiner Gemeindegemeinschaft zusammen mit drei weiteren Gemeindeleitern erneut verurteilt worden - zu 10 Jahren Haft und zwei Jahren Verbannung. Das letztinstanzliche Islamische Revolutionsgericht hat im Mai 2018 das Urteil bestätigt. Nadarkhani befindet sich seit Juli 2018 wieder im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran.

Wir freuen uns, dass die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer im Rahmen unseres Paten-



Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi mit Vorstandssprecher Martin Lessenthin bei einer IGFM-Presskonferenz in Berlin

schaftsprogramms die Patenschaft für Pastor Nadarkhani übernommen hat.

Typisch für den Iran ist die systematische Entrechtung der Frauen. Nach der im Iran geltenden Scharia haben Ehemänner das Recht, ihre Frauen mit Gewalt zum sexuellen Gehorsam zu zwingen. Häusliche Gewalt wird im Iran mit Verweis auf den Koran und islamische Überlieferungen gerechtfertigt. Schläge oder

sexuelle Gewalt durch den Ehemann gelten für die Frauen nicht als Scheidungsgrund.

Gleichzeitig können muslimische Ehemänner jederzeit ihre Ehefrauen verstoßen. Kommt es zum Rechtsstreit, so gilt die Aussage einer Frau vor Gericht nur halb so viel wie die eines Mannes. In manchen Fällen wird die Aussage einer Frau überhaupt nicht zugelassen.

Besondere Aufmerksamkeit widmen wir im Iran der Rechtsanwältin Nasrin Sotoudeh. Frau Sotoudeh ist Mitglied unseres Kuratoriums. Wir verfolgen ihr Schicksal deshalb mit besonderer Anteilnahme. Das Europäische Parlament hat sie 2012 mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet, wofür wir sehr dankbar sind.

Die Behörden der Islamischen Republik verhafteten Frau Sotoudeh im Juni 2018 ohne Vorwarnung. In Abwesenheit und ohne Möglichkeit zur Verteidigung wurde sie zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage ist nicht bekannt. Die Justiz weigert sich, Urteil und Urteilsbegründung auszuhändigen.

ÖPR – Östliche Partnerschaft und Russland

Dazu gehören in der Terminologie der EU und des Auswärtigen Amtes die Länder Ukraine, Moldawien, Weißrussland, Armenien, Georgien, Aserbaidschan und Russland.

Der Demokratisierungsprozess im ÖPR-Raum bleibt weiterhin schwierig. Korruption, fehlende Rechtsstaatlichkeit und Machtmissbrauch sind an der Tagesordnung. Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt. Es gibt zahlreiche ethnische und territoriale Konflikte bis hin zu kriegsrischen Auseinandersetzungen.

Positiv stellt sich immer wieder Georgien heraus, wo der Demokrati-



IGFM-Seminar an der Universität Brest in Weißrussland

sierungsprozess voranschreitet. Hingegen müssen wir in Aserbaidschan und Russland weiterhin zunehmende staatliche Unterdrückung feststellen. Armenien und Aserbaidschan bleiben aufgrund des Berg-Karabach-Konfliktes brodelnde Vulkane. Ein Ausbruch militärischer Auseinandersetzungen im Grenzgebiet scheint nur ein Frage der Zeit. Im bitterarmen

Armenien und Moldawien wachsen die sozialen Unruhen. Weißrussland bleibt weiterhin eine autokratisch-repressive Diktatur.

Die Ukraine ist durch den Krieg im Osten bedroht. Die neue Justizreform muss genau beobachtet werden. Wir haben dazu ein entsprechendes Projekt vorbereitet.

Ich grüße Sie als Teilnehmer der 47. Jahresversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ganz persönlich und im Namen der Christlich-Demokratischen Union.

Dieses Jahr feiern wir 30 Jahre Mauerfall. Freiheit und Menschenrechte brachen sich damals Bahn. Wir alle haben in jenen glücklichen Wochen und Monaten den großen Schaden unterschätzt, den die totalitären Regime hinterlassen haben. Um wie viel schwieriger ist diese Aufgabe in Weltregionen, die bisher noch keine Trennung von Politik und Religion, keine Renaissance und keine Aufklärung kennen.

Die politischen Führer Russlands und der Volksrepublik China haben in den letzten Jahren die Freiheiten der Menschen in ihrem Machtbereich weiter eingeschränkt.

In Russland schweben Menschenrechtsaktivisten, Oppositionelle und kritische Journalisten in Lebensgefahr. Es gibt politisch motivierte Strafverfahren und sogar politische Morde.

In der Volksrepublik China gibt es Umerziehungslager. Die staatsunabhängige Ausübung der Religion wird wieder stärker verfolgt. Man macht sich daran, die Digitalisierung für die Einführung eines umfassenden

Systems der gesellschaftlichen Kontrolle zu nutzen.

Außenpolitisch setzen beide Länder auf Machtpolitik. Russland hat völkerrechtswidrig die Krim annektiert und die Volksrepublik China besetzt entgegen dem Urteilsspruch des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag immer mehr Inseln im südchinesischen Meer.

Wir wissen heute, dass immer dann, wenn die ethischen Grundlagen staatlichen Handelns vernachlässigt oder gar verachtet werden, Unfreiheit und Verbrechen im Inneren sowie nach außen drohen. Daher müssen wir in dieser Zeit des Umbruchs und der Unsicherheit wieder verstärkt für Freiheit und Menschenwürde eintreten. Das ist heute unsere Verantwortung für eine gute Zukunft. Oder wie Helmut Kohl einmal formulierte: „Die Visionäre von gestern sind die Realisten von heute.“

Ich freue mich, dass sie mit Zeugen aus dem Iran, Pakistan, Moldawien und dem Irak über die aktuelle Menschenrechtssituation in deren Ländern aufklären und den Menschen in diesen Ländern helfen. Mir gefällt besonders, dass sie einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Beobachtung des Rechts auf Religionsfreiheit so-

wie insbesondere auf die Rechte der Frauen und der verfolgten Christen legen.

Es freut mich, dass das Eintreten für die Religionsfreiheit und die verfolgten Christen uns unmittelbar verbindet. Das gilt auch für mein persönliches Engagement im Rahmen ihres Patenschaftsprogramms für Pastor Youcef Nadarkhani im Iran. Zusammen hatten wir dazu beigetragen, dass das Todesurteil gegen ihn aufgehoben und er 2012 auf freien Fuß gesetzt wurde. Ein glücklicher Tag.

Im Juni 2017 ist er allerdings wegen seiner erfolgreichen Gemeindefarbeit zusammen mit drei weiteren Gemeindeleitern erneut verurteilt worden: Zu zehn Jahren Haft und zwei Jahren Verbannung. Am 22. Juli 2018 wurde er festgenommen und in das berüchtigte Evin-Gefängnis in Teheran gebracht.

Bitte lassen Sie uns zusammen weiter daran arbeiten, dass das Urteil gegen Pastor Nadarkhani und drei weitere irakischen Christen aufgehoben wird. Lassen Sie uns weiter entschlossen für Freiheit und Menschenrechte eintreten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gute Beratungen und Begegnungen sowie viel Erfolg für ihre Arbeit.

Russlands Abkehr von Europa ist Besorgnis erregend. Unter Putin ist das Land auf dem Rückweg in die Diktatur.

Vor diesem nicht erfreulichen Hintergrund und aufgrund der geographischen Nähe zu Europa haben wir die ÖPR-Region zu einem der Schwerpunkte unserer Arbeit gemacht. Russland war im Übrigen immer ein IGFM-Schwerpunktland.

Mit inzwischen vier Projekten seit 2015 haben wir einen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft in diesen Staaten geleistet - mit Hilfe unserer dortigen Sektionen.

Die gemeinsam aufgebaute Menschenrechts-Webseite „Humanrights-Online“ wurde als Instrument der Kommunikation und Interaktion von zivilgesellschaftlichen Akteuren der ÖPR-Länder und Deutschlands aufgebaut. Ziel ist die Motivierung

der Jugend dieser Länder zur gesellschaftspolitischen Partizipation unter besonderer Berücksichtigung der Menschenrechte. Außerdem fördern wir die Multiplikatorenfunktion von Menschenrechtsaktivisten.

Mit den Teilnehmern dieses umfangreichen Programms wurden 2018 Seminare durchgeführt in Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Georgien, Moldawien, Ukraine

und Russland (St. Petersburg und Rostow am Don).

Erleichtert wurden diese Projekte durch die Tatsache, dass wir seit Anfang der 1990er Jahre in allen genannten Ländern mit eigenen IGFM-Sektionen vertreten

sind. Das hat außer uns kaum eine Organisation zu bieten. Wohl auch deshalb wurden alle vier Projekte dankenswerterweise vom Auswärtigen Amt finanziert.

Unserer Russland- und Mittelasiens-Referentin Dr. Carmen Krusch gebührt ein großer Dank für

die umfangreichen Arbeiten bei der Vorbereitung und Durchführung.

Unabhängig von den ÖPR-Projekten wollen wir mit Hilfe unserer dortigen Sektion die humanitäre Hilfe für die Ukraine intensivieren.

Osteuropa

Von Anfang an waren Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir haben in rund 20 Ländern dieser Region IGFM-Sektionen und -gruppen. In keiner anderen Region der Welt verfügen wir über eine derartige Dichte von IGFM-Vertretungen.

Die Programme in den ÖPR-Staaten wurden bereits erwähnt. In Osteuropa leisten wir darüber hinaus humanitäre Hilfe. Die Arbeitsgruppe Fulda mit Gunter Goebel und Frankfurt-Bergen-Enkheim mit Karin Müller-Kinet konzentrieren sich dabei seit langem auf Rumänien. Die Arbeitsgruppe Wittlich mit Katrin Bornmüller hat 2018

15 Hilfstransporte mit Sattelschleppern nach Litauen, Lettland, Rumänien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina auf den Weg gebracht.

Kurz vor Weihnachten schickte die AG Wittlich noch einen Sattelschlepper mit Hilfsgütern nach Litauen. Empfänger waren die Caritas und ein Waisenhaus. Es war der 159. Transport für Litauen, der 98. für Lettland und der 463. Hilfstransport der Arbeitsgruppe insgesamt seit Beginn der humanitären Hilfsaktionen im Jahre 1990!

Die Arbeitsgruppen Fulda und Wittlich waren im Berichtsjahr ganz besonders erfolgreich bei der Spendensammlung und die Arbeitsgruppe Bergen-Enkheim mit



Raoul Wallenberg-Denkmal in Budapest

dem regelmäßigen Flohmarkt. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

Am 23. Oktober begehen die Ungarn ihren Nationalfeiertag. Mit diesem Datum erinnern sie an den Volksaufstand im Jahre 1956 gegen die kommunistische Gewaltherrschaft. Eine IGFM-Delegation hat dies im vorigen Jahr zum Anlass genommen, das Imre Nagy-Gedenkhaus und die gleichnamige Stiftung in Budapest zu besuchen. Nagy war 1956 Premierminister. Er setzte sich für politische und wirtschaftliche Reformen ein, verlangte den Abzug der sowjetischen Truppen und forderte ein Mehrparteiensystem. Für seinen Mut hat er den höchsten Preis bezahlt: Nach der Niederschlagung des Volksaufstandes durch die Rote Armee wurde Imre Nagy verhaftet und hingerichtet.

Außer der Nagy-Stiftung haben wir in Ungarn u. a. die Katholische Deutsche Gemeinde, die Deutsche Evangelisch-Lutherische Gemeinde, das Raoul Wallenberg-Denkmal, den deutschen Botschafter,

das Parlament und die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen besucht.

In Ungarn werden 13 Nationalitäten als Minderheiten geschützt und staatlich gefördert – auch finanziell. Dies gilt auch für die deutsche Minderheit, die mit Hilfe dieser staatlichen Unter-

stützung zahlreiche Kultur- und Bildungseinrichtungen unterhalten kann. Das System der Landesselbstverwaltungen ist – auch im osteuropäischen Vergleich – vorbildlich. Das ist kaum bekannt. Deshalb erwähnen wir es hier.

Dieses Begegnungsprogramm wurde dankenswerterweise vom Bundesinnenministerium unterstützt. Wir fühlen uns den osteuropäischen Staaten traditionell besonders verbunden. Das gilt insbesondere für die drei baltischen Staaten. Sie haben während der Kommunistenzeit besonders gelitten und waren nicht einmal staatlich existent.

Kuba

Seit 40 Jahren dokumentieren wir Menschenrechtsverletzungen in Kuba. Seit 10 Jahren verfügen wir dort über eine eigene IGFM-Sektion. Vorsitzender ist der Rechtsanwalt Dr. René Gómez – selbst ein ehemaliger politischer Gefangener.

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01 • BIC: BFSW DE 33MNZ

Er berichtet uns immer wieder von den sog. Kurzzeitverhaftungen. Die Strategie der Kommunistischen Partei Kubas hat sich in den letzten Jahren geändert. Statt einer Langzeithaft gibt es jetzt viele Kurzzeitverhaftungen. Manchmal nur ein paar Tage, manchmal einige Monate. Dann wird der Oppositionelle wieder entlassen – bis zum nächsten Mal. Wahrscheinlich glaubt das Regime, das würde weniger auffallen.

Es gibt monatlich einige hundert

Kurzzeitverhaftungen, die sich im Jahr auf tausende Fälle addieren. Wir gehen von 5.000 bis 8.000 Kurzzeitverhaftungen pro Jahr aus. Das kubanische Regime hat das Ganze zu einer wirksamen Methode perfektioniert, um politisch Missliebige für kurze Zeit wegzusperren. Zum Beispiel präventiv vor geplanten Protestkundgebungen oder vor bestimmten Jahrestagen.

So ging das Regime interessanterweise im Vorfeld der Jubiläums-

feiern zum 200. Geburtstag von Karl Marx im Mai 2018 in Havanna, Santiago de Cuba und Cienfuegos massiv gegen Oppositionelle vor.

Im Dezember 2018 haben wir gemeinsam mit der **Konrad-Adenauer-Stiftung** in Berlin eine Tagung durchgeführt zum Thema „Kubas Stimmen für die Vielfalt – Im Dialog mit der kubanischen Zivilgesellschaft“. Wir danken der Adenauer-Stiftung sehr für dieses gemeinsame Projekt.

Nicaragua

Nicaragua steht im Allgemeinen nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das ist aus menschenrechtlicher Sicht bedauerlich, denn es handelt sich um eine der wenigen Diktaturen in Lateinamerika.

Wir verfügen dort über eine IGMF-Sektion, die uns gut über die Vorkommnisse im Land informiert. Der Vorsitzende unserer Sektion Dr. José Orlando Lovo berichtete uns im April 2018 von einem Aufstand der Zivilbevölkerung mit dem Ziel, Freiheit und Demokratie zurück zu erobern. Von diesem Zeitpunkt an verloren etwa 360 Menschen ihr Leben, darunter Kinder, Studenten, Bauern, Alte und Junge. Mehr als



Michael Gahler MdEP, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, bei der IGMF-Jahrestagung

zweitausend Menschen wurden verwundet. Viele sind vermisst.

Am 14. Juli wurde die Autonome Universität von Nicaragua (UNAN) mit schweren Waffen von der Polizei angegriffen, unterstützt von Mitgliedern der regierungsnahen sandinistischen Jugend, die als Schlägertruppen gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Zwei Studenten wurden getötet, 11 verwundet und mehrere verhaftet.

Es gibt immer wieder Berichte, wonach die Regierung Söldner aus anderen Ländern anheuert – nämlich aus Kuba und Venezuela. Dies erklärt die Brutalität, mit der diese die Bevölkerung attackieren. Nichtnicaraguaner haben weniger Skrupel, auf Nicaraguaner zu schießen.

Grußwort von Dr. Bärbel Kofler MdB

Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe

Liebe Mitglieder der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte!

Das Eintreten für Menschenrechte weltweit ist in der heutigen Zeit besonders wichtig. Immer mehr Menschenrechtsverteidigerinnen und -Verteidiger sind staatlicher Repression oder Gewaltverbrechen ausgesetzt. Viele von ihnen riskieren für ihren furchtlosen Einsatz ihr Leben. Durch Ihre Aufklärungsarbeit und ihr Engagement kann auf diese Verstöße international aufmerksam gemacht werden.

Auf meinen Reisen ist es mir besonders wichtig, mit Menschenrechtsverteidigerinnen und -Verteidigern ins Gespräch zu kommen und die Aufmerksamkeit auf Ihre schwierige Situation zu lenken. Natürlich sind hierbei für mich auch immer von besonderer Bedeutung der Schutz der Rechte der Betroffenen und der Schutz der Menschenrechtsverteidiger.

Auf Ihrer Jahresversammlung haben Sie mutige und beeindruckende Menschen zu Gast. Dadurch können sie als Zeugen und Zeuginnen von der Menschen-

rechtslage in ihren Ländern selbst berichten. Dabei geht es um so wichtige Themen wie Rechtsstaatlichkeit, faire Gerichtsverfahren, Religionsfreiheit oder um den Schutz vor sexueller Gewalt.

Es freut mich sehr, dass Sie gerade diese Menschenrechtsverteidigerinnen und -Verteidiger eingeladen haben und in der Öffentlichkeit für ihre wichtigen Anliegen Stellung beziehen. Ich danke Ihnen für Ihr Engagement und wünsche Ihnen alles erdenklich Gute für Ihre Versammlung und für Ihr weiteres Wirken.

China

Aber zurück zum 200. Geburtstag von Karl Marx. Wir erinnern uns, dass der Stadtrat von Trier im März 2017 beschlossen hatte, eine von der „Volksrepublik“ China geschenkte übergroße Marx-Statue anzunehmen und in der Stadt aufzustellen. Ein vergiftetes Geschenk einer üblen Diktatur. Unsere Arbeitsgruppe Wittlich – räumlich nahe an Trier – hat es sich nicht nehmen lassen, im Mai 2018 zusammen mit unseren chinesischen Freunden gegen die Aufstellung dieses unwürdigen Denkmals zu demonstrieren.

Wir dokumentieren weiterhin gravierende Menschenrechtsverletzungen in China. Darunter die Einschränkung der Religionsfreiheit, von der insbesondere die Christen und die Muslime betroffen sind.

Das im September 2018 unterzeichnete Abkommen zwischen dem Vatikan und Peking ändert daran leider nichts. Im Gegenteil: Für die bisher staatlich nicht kontrollierte Untergrundkirche wird die Situation noch schwieriger. **Joseph Kardinal Zen**, emeritierter Bischof von Hongkong, den wir bei unserer vorigen Jahrestagung zu Gast hatten, hat darauf nachdrücklich hingewiesen.

Ein Beispiel für die Verfolgung haben wir im Dezember 2018 publiziert:

In Chengdu (Provinz Sichuan) wurde der regierungskritische Untergrundpastor Wang Yi inhaftiert. Der Geistliche wurde in der Nacht zum 10. Dezember zusammen mit über 100 Gemeindemitgliedern festgenommen. Auslöser für die Verhaftung war ein zuvor von Wang veröffentlichtes Manifest mit dem



Prof. Dr. Matthias Zimmer MdB, Mitglied des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, bei der IGFM-Jahrestagung

Titel „Überlegungen zum Religionskrieg“. Darin hatte der Geistliche die kommunistische Partei Chinas kritisiert und die Christen im Land zu zivilem Ungehorsam aufgerufen. Die kommunistische Ideologie sei aus seiner Sicht mit dem christlichen Glauben moralisch unvereinbar.

Sie haben es alle gelesen: Ab 2020 sollen in China alle Bürger, Firmen und Behörden ein digital und zentral erfasstes Punktekonto haben, das ihre finanzielle, moralische, politische, mit einem Wort: gesellschaftliche Vertrauenswürdigkeit ausweist. Dieses „Sozialkreditsystem“ wird die totalitäre Herrschaft automatisieren.

Wenn man all die Berichte über die Unterdrückung in China und insbesondere diese Maßnahmen totaler Überwachung auf sich wirken lässt, dann kommt man zu dem

Ergebnis:

China ist die perfektste Diktatur der Welt. Und das ist nicht als Kompliment gemeint.

China ist eine gefährliche weil mächtige Diktatur. In der Außenpolitik sucht China keine Partnerschaft, sondern Hegemonie. China hat eine langfristige Strategie: Es bindet schwache Staaten durch Kreditvergabe an sich und erwartet dafür politisches Wohlverhalten.

Das funktioniert bereits in Ostasien. Ebenfalls in Teilen Afrikas. In Lateinamerika wird es versucht. Und es funktioniert mittlerweile auch in Europa.

Beispiel Griechenland: Griechenland – stets auf Kredite angewiesen – wird zum Einfallstor in Europa aufgebaut. Chinesische Unternehmen sind beteiligt am Hafen von Piräus, sie investieren in Energie- und Tourismusfirmen und engagieren sich beim Neubau des Athener Flughafens.

Im Juni 2018 hat Griechenland im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf zum ersten Mal nicht zusammen mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten die Menschenrechtssituation in China verurteilt. Verurteilungen Chinas im EU-Rat kommen aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips ebenfalls nicht mehr zustande, weil Griechenland dagegen stimmt. Die Verurteilung Venezuelas – ein Verbündeter Chinas – kam Anfang 2019 im EU-Rat nicht zustande, weil Griechenland (und Italien) dagegen stimmten!

Impressum

Tätigkeitsbericht der IGFM für das Jahr 2018

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)

Redaktion: Edgar Lamm

Anschrift: IGFM • Borsigallee 9 • D-60388 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33 • e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de

Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach

Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Gefangene des Monats 2018

Monat	Name	Land	Stand
Januar 2018	Xu Shizhen und Xu Yuqing	VR China	Evangelische Pastorin mit Tochter, seit September 2017 in Haft
Februar 2018	Asif Stephen	Pakistan	Geistig Behinderter, geb. im Jahr 2002, verhaftet am 12.8.2017 Soll auf dem Markt gestohlen und den Koran verbrannt haben
März 2018	Naser Navard-Goltapeh	Iran	Konvertit, verhaftet am 24.6.2016, im Mai 2017 zu 10 Jahren Haft verurteilt, seit Januar 2018 im Evin-Gefängnis in Teheran
April 2018	Patras Masih	Pakistan	verhaftet am 19.2.2018, geb. im Jahr 2000 Soll auf Facebook Foto gezeigt haben, das religiöse Gefühle der Muslime verletzt. In Lahore in Haft.
Mai 2018	John Sanqiang Cao	China	Evangelischer Pastor mit US-amerikanischer Staatsangehörigkeit. Verhaftet am 5.3.2017
Juni 2018	Aziz Majidzadeh	Iran	Konvertit, verhaftet am 2.3.2018 auf Kaution frei seit dem 5.10.2018
Juli 2018	Abraham Ben Moses	Indonesien	Evangelischer Pastor Im Mai 2018 zu vier Jahren Haft verurteilt wegen angeblicher Blasphemie in einem Missionsgespräch
August 2018	Liang und Li Yinxiu Ziliang	China	Chinesisches Ehepaar, verhaftet am 1.6.2018 in Heshan, weil es christliche Broschüren verteilt und gegen Abtreibung protestiert hat.
September 2018	Leah Sharibu	Nigeria	Damals 14-jährige Schülerin, am 19.2.2018 aus der Schule im Bundesstaat Yobe mit 109 weiteren Mädchen entführt. Seitdem verschleppt.
Oktober 2018	Lu Danhua	China	Katholischer Priester, verhaftet am 29.12.2017. Kurz nach der Veröffentlichung als „Gefangener des Monats“ Ende November 2018 freigekommen.
November 2018	Mussie Ezaz	Eritrea	Evangelischer Missionar Seit September 2007 verhaftet und verschwunden
Dezember 2018	Humayun Faisal Masih	Pakistan	Straßenkehrer, verhaftet am 24.5.2015. Soll Zeitungsseiten mit Koranzitaten verbrannt haben.

Religionsfreiheit / Christenverfolgung

Auch im zurückliegenden Jahr mussten wir berichten über

- die Gräueltaten von Boko Haram im Norden Nigerias
- die Benachteiligung der koptischen Christen in Ägypten
- das langsame Aussterben der Christen in der Türkei und überhaupt im Nahen Osten
- die Verfolgung der Christen in Pakistan mit Hilfe der Blasphemie-Paragrafen
- und - wie bereits erwähnt – die Verweigerung der Religionsfreiheit in China und im Iran

Im November und damit rechtzeitig vor dem 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stellten die IGFM und die Weltweite Evangelische Allianz die von Prof. Dr. Thomas Schirrmacher und Max Klingberg herausgegebenen Jahrbücher 2018 "Religionsfreiheit" sowie "Verfolgung und Diskriminierung von Christen" bei einem Pressegespräch in Berlin vor. Daran nahmen u. a. Markus Grübel MdB, Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, und unser Mitglied Prof. Dr. Heribert Hirte MdB, Vorsitzender des Stephanus-Kreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, teil.

Seit 16 Jahren ruft die IGFM zusammen mit der evangelischen Nachrichtenagentur IDEA den Gefangenen des Monats aus und bittet die Leser, sich für ihn einzusetzen.

Jahrelang haben wir uns für Asia Bibi in Pakistan eingesetzt, die sich jetzt, Gott sei Dank, in Freiheit befindet – nach fast 10 Jahren willkürlicher Haft und in ständiger Furcht, dass das gegen sie verhängte Todesurteil doch noch vollstreckt wird.

Wir befürchten allerdings, dass die Millionen Islamisten in Pakistan sich für die Befreiung Asia Bibis an



Gäste aus Moldawien, China, Pakistan, Irak und Iran bei der IGFM-Jahrestagung



Rechtsanwältin Aneeqa Anthony, Vorsitzende der pakistanischen Hilfsorganisation VOICE, bei der IGFM-Jahrestagung

anderen Christen rächen werden. Das ist jedenfalls die Sorge unserer langjährigen pakistanischen Partnerorganisation VOICE. Die Vorsitzende von VOICE Rechtsanwältin Aneeqa Anthony schreibt uns:

„Über siebzig Jahre nach der Gründung Pakistans sind schwerste Menschenrechtsverletzungen, politische Gefangene und Blasphemie-Gefangene Normalität. Sklaverei in Form von Zinsknechtschaft sowie systematische Kinderarbeit sind keine Seltenheit. Das Land leidet unter Korruption und Terrorismus. Versammlungsorte von Schiiten, Anhängern des Sufismus und von Christen sind Ziel von Terroranschlägen. Pakistan ist ein negatives Beispiel für ausufernden religiösen Extremismus und den Abbau von Rechtsstaatlichkeit.“

Unser Arbeitsausschuss Religionsfreiheit mit Heinz Ernst berichtet ständig über diese Themen. Michaela Koller erstellt den Newsletter

„Verfolgte Christen aktuell“.

Dr. Emmanuel Ogbunwezeh berichtet regelmäßig über Nigeria.

Unsere Arbeitsgruppen Hamburg, Villingen-Schwenningen und München haben Veranstaltungen zum Thema durchgeführt. So hat die AG Hamburg im Dezember erneut mit einer Lichterkette in der Hamburger Innenstadt auf die weltweite Verfolgung von Christen aufmerksam gemacht. Im Mittelpunkt stand dabei das Schicksal von Christen im Iran und in Pakistan.

Öffentlichkeit hilft. Das ist unser Grundsatz seit 47 Jahren.

Ich danke allen, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben!

Edgar Lamm

Vorsitzender
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
Deutsche Sektion e. V.

Humanitäre Hilfe am Beispiel der IGFM- Arbeitsgruppe Wittlich

Interviews mit IS-Opfern

Die IGFM-Wittlich lud 2018 15 Sattelschlepper mit humanitärer Hilfe für Litauen, Lettland, Rumänien, Kroatien, Bosnien und für die Flüchtlingslager in Kurdistan / Nordirak. Geladen wurden u. a. Möbel, darunter Holzbetten, Schreibtische, Sessel und Krankenbetten. In mehreren Flüchtlingslagern in Kurdistan wurden Medikamente übergeben.

Schwierig waren die Reisen in die Provinz Shingal, für die Ausländer eigentlich ein Visum benötigen. Die Krankenstation Sinune erhielt für 3.000 € Medikamente. Sie versorgt damit 1.250 Flüchtlingsfamilien.

Der Besuch der Stadt Shingal gestaltete sich ebenfalls schwierig. Die iranischen und schiitischen Milizen am Checkpoint wollten uns zurück schicken, bis wir schließlich doch durchgelassen wurden.

Im Camp Kabarto interviewten wir IS-Opfer. Ergreifend war das Schicksal dreier Schwestern – elternlos - die mit 8, 11 und 14 Jahren vom IS verkauft und ständig vergewaltigt, gefoltert und misshandelt wurden. Vor allem, wenn sie den Koran nicht gut zitieren konnten.

Ein Interview mit einem 15-jährigen Jungen war besonders erschütternd: Mit 11 Jahren hatte der IS ihn verschleppt. Danach verbrachte er vier Jahre in IS-Lagern mit Folterungen, pausenlosen Schlägen und der Ausbildung an Waffen.

Der IS nahm zumeist die ganze Familie als Gefangene, trennte dann die 6 - 16 jährigen Jungen



Flüchtlingslager in Kurdistan



Besuch der Krankenstation Sinune

von den anderen. Sie wurden in einer Schule untergebracht. Dort begann der Koranunterricht abends von 22 Uhr bis 1 Uhr. Wer eine Sure auswendig konnte, bekam einen Nusskern. Fünfmal wird eine Sure vorgelesen. Wer sie beim 6. Mal noch nicht auswendig zitieren kann, wird mit einem Kunststoffschlauch mit Nägeln blutig geschlagen.

Mehrfach trafen wir in Kurdistan Aleviten, die aus der Türkei in den Irak geflohen waren!

Einige Male fanden Treffen mit Krmanj Othmann statt, Menschenrechtsbeauftragter der kurdischen Regionalregierung.

Katrin Bornmüller

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01 • BIC: BFSW DE 33MNZ

Einnahmen- / Ausgaben-Rechnung

für das Rechnungsjahr 2018 vom 1.1. bis 31.12.2018

A. Einnahmen

1.	Spenden		899.404,67	€
2.	Sachspenden		90.206,22	€
3.	Mitgliedsbeiträge		33.194,90	€
4.	Verkauf		0,00	€
5.1.	Zweckgebundene Zuschüsse		157.677,06	€
		Iran	41.633,06	€
		Ecuador	50.544,00	€
		Ungarn	15.500,00	€
		ÖPR4	50.000,00	€
5.2.	BFD-Zuschüsse		20.617,34	€
6.	Bußgelder		1.050,00	€
7.	Zinsen		0,08	€
8.	Erbschaften / Vermächtnisse		10.000,00	€
9.	Jahresversammlung		3.672,00	€
10.	Sonstige Einnahmen		9.314,23	€
		Summe A	1.225.136,50	€

B. Ausgaben

1.	Russland / Ukraine		4.357,68	€
2.	Baltikum		136.526,11	€
3.	Rumänien		80.045,35	€
4.	Sonstiges Europa		49.740,05	€
5.	Lateinamerika		27.394,75	€
6.	Afrika		13.667,64	€
7.	Asien		1.999,78	€
8.	Religionsfreiheit/ Verfolgte Christen		33.252,12	€
9.	Naher Osten		136.466,25	€
10.	Allgemeine Menschenrechtsarbeit		245.680,46	€
11.	Allgemeine Verwaltungskosten		194.688,82	€
12.	Internationale Projektarbeit		169.544,01	€
13.	BFD-Aufwand		32.135,86	€
14.	Sonstiger Aufwand		37.395,27	€
15.	Jahresversammlung		31.805,36	€
16.	Afa		1.016,63	€
17.	Kosten des Geldverkehrs		2.959,18	€
		Summe B	1.198.675,32	€
		Überschuss	26.461,18	€
		Gesamtsumme	1.225.136,50	€

Bescheinigung des Prüfers

An den Verein Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt a. M.

Wir haben die Jahresrechnung – bestehend aus Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung sowie Vermögensrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung des Vereins Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt a. M., für das Geschäftsjahr vom 1.1.2018 bis 31.12.2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften und ihrer Auslegung durch die IDW RS HFA 14.

Frankfurt am Main, 15. Februar 2019

W + ST Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. K. Hövermann
Wirtschaftsprüfer

F. Waldmann
Wirtschaftsprüfer